

# RESOLUTION der Studentischen

## Vollversammlung des Instituts für Politikwissenschaft

Wir, die Studierenden der Politikwissenschaft, nehmen zu der Besorgnis erregenden Entwicklung der Hochschulpolitik des Landes Baden-Württemberg und der Universität Tübingen Stellung.

Obwohl die Studierenden des Landes Baden-Württemberg seit dem Sommersemester 2007 Studiengebühren in Höhe von 500 € zahlen müssen, ist eine deutliche Verschlechterung der Lehrsituation an vielen Universitäten abzusehen. Im Rahmen verschiedener „Innovationspools“ fallen an der Universität Tübingen Kosten von insgesamt 4 Mio. € jährlich an. Sie setzen sich aus einem landesweiten und einem von der Universität selbst eingeführten Pool zusammen. Diese finanziellen Einbußen werden an die Institute weitergereicht, was zu Einsparungen von bis zu 10 % größtenteils im Bereich der Lehre führen wird.

Für das Tübinger Institut für Politikwissenschaft (IfP) bedeutet dies, dass die Zahl der Professuren von derzeit sieben auf vier, bestenfalls fünf im Jahre 2009 zurückgehen wird. Wichtige Professuren, darunter insbesondere der in Deutschland einzigartige Lateinamerikalehrstuhl, werden wegfallen. Das Institut hatte sich früh auf den Bologna-Prozess eingestellt und ein Profil entwickelt, das neben dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen auf Vergleichende Politikwissenschaft abzielte und Expertise in den Regionen Europa, Lateinamerika, Osteuropa und Vorderer Orient vorzuweisen hatte. Durch die Kürzungen hat das Institut den Master für Vergleichende Politikforschung absurderweise wieder streichen müssen, was bereits eine erhebliche Einschränkung der Vielfalt der Tübinger Politikwissenschaft bedeutet.

Abgesehen davon, dass die aktuelle Hochschulpolitik damit ein gut aufgestelltes, profiliertes Institut nahezu in die Profillosigkeit stürzt, bedroht sie zudem die Grundlagen der Politikwissenschaft in Tübingen. Das Fach setzt sich nach allgemeinem Verständnis aus drei Bereichen zusammen: Politische Theorie, Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen. Einen Lehrstuhl für Politische Theorie hat Tübingen schon seit langem nicht mehr. Der Verfall des Bereichs Vergleichende Politikwissenschaft steht aufgrund der Kürzungen unmittelbar bevor. Übrig bliebe im Jahre 2009 somit lediglich ein nennenswerter Schwerpunkt im Bereich Internationale Beziehungen.

In diesem Kontext wirkt die Forderung nach „Interdisziplinarität“ zynisch, denn sie erfordert als Grundlage, dass verschiedene wissenschaftliche Disziplinen existieren. Diese werden aber aufgrund der aktuellen Hochschulpolitik wenn nicht zerstört, so zumindest doch sehr schwer beschädigt.

Wir Studierende sehen uns mit folgender grotesker Situation konfrontiert: Trotz Studiengebühren, die wir nach wie vor ablehnen, wird sich die Lehre in Zukunft deutlich verschlechtern. Angesichts des viel propagierten Zwecks der Studiengebühren, betrachten wir eine solche Lage als inakzeptabel und für argumentativ nicht haltbar. Somit verlieren die Studiengebühren ihre letzte scheinbare Rechtfertigung.

Wir fordern daher das Land Baden-Württemberg und die Universität Tübingen auf, ihre aktuelle Hochschulpolitik zu korrigieren, im Speziellen,

- die Finanzierung der Hochschulen zu gewährleisten und nicht auf die Studierenden abzuwälzen.
- das Konzept der „Exzellenz“-Initiativen zu überdenken.
- eine gute Lehre als Grundlage für eine herausragende universitäre Forschung anzuerkennen und angemessen zu fördern.
- die Komparatistik in Form der Regionalschwerpunkte am Institut für Politikwissenschaft zu erhalten.

- Einstimmig verabschiedet am 10. Juli 2007 in Tübingen -